BERLIN EXTRA

2.10.1981

Warum Nr.2?

Weil Lummer immer noch Senator ist!
Weil immer noch geräumt werden soll!
Weil Springer immer noch lügt!
Weil Herr von Weizsäcker keine Lösung für nichts hat!

Krieg oder Frieden?

Nach der Räumung von acht besetzten Häusern stellte sich Innensenator Lummer in Feldherrenpose der Presse ausgerechnet in dem soeben geräumten Haus Bülowstraße 89. Wenig später lag auf der Potsdamer Straße ein Toter. Die um ihn Trauernden wurden von der Polizei mit Knüppeln vertrieben. Sein Blut wurde vom Strahl eines Wasserwerfers von der Straße gefegt. Polizeistiefel zertraten die Blumen an der Todesstelle.
Was sich in der folgenden Nacht in Schöneberg abspielte, erinnerte an Bürgerkreig. Wütende Jugendliche, aber auch Ältere ließen kaum eine Scheibe in der Potsdamer Straße heil. Teilweise völlig entnervte Polizisten schlugen wahllos auf Demonstranten und Passanten ein, Einsatzwagen rasten in die Menge, Barrikaden brannten meterhoch, es wurde geplündert und zerstört. Polizisten warfen Steine und ließen sich in erschreckender Brutalität gegen einzelne Opfer gehen. Es ist fast ein Wunder, daß es nicht noch mehr Tote gab in dieser Nacht. Auch aufgehetzte Bürger griffen zu Knüppeln, Flaschen und Steinen, um für „Ruhe und Ordnung" zu sorgen.

Die diese Gewalt säten, zumindest politisch für eine derartige Eskalation verantwortlich sind, zeigten sich am nächsten Morgen „betroffen". Man verurteilte die „Ausschreitungen der Chaoten" und dankte der Polizei für ihren „besonnenen Einsatz". Doch Richard von Weizsäcker konnte bei sich keinen Fehler entdecken und sprach davon, daß er (!) das Risiko habe tragen müssen. Heinrich Lummer sorgte sich einzig darum, daß der Tod von Klaus-Jürgen Rattay zur „Legendenbildung" führen könne. Aus ähnlichem Anlaß traten vor 14 Jahren der Regierende Bürgermeister Albertz und sein Innensenator Büsch zurück. Heinrich Albertz ist heute ein hochgeachteter Mann bei den Alten wie bei den Jungen. Denn er hatte etwas bewiesen, was den Politikern von heute völlig abgeht: Persönliche Verantwortung und Zivilcourage.
Was seither geschehen ist, ist eine Schmierenkomödie. Ohne diejenigen,um die es geht, trat eine erlauchte Runde von Spitzenfunktionären aus Parteien, Kirchen und Verbänden zusammen. Sie brachte nicht mehr zustande, als ein paar durch und verlogene „Angebote" an die Besetzer: Sie sollen in Hinterhäuser abgeschoben werden, die dann in wenigen Jahren ebenfalls abgerissen werden sollen.

Daß sie auf dieser Basis mit den Besetzern und ihren Freunden zu einem Dialog kommen werden, glauben die Herren im Rathaus wahrscheinlich selbst nicht. Was Weizsäcker und sein Bausenator Rastemborski in der letzten Woche vorlegten, soll allem Anschein nach nur noch dazu dienen, bei der nächsten Räumung sagen zu können: „Wir haben es ja versucht". Die Besetzer können sich da nur noch an Erich Kästners Rat halten: „Was immer passiert - nie dürft ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken." Bleibt ihnen nichts mehr als der „Heldentod"? Und da ja bisher nur einer wirklich starb, was wird aus all der Hoffnung, der Lust und den Träumen, die dieser CDU-Senat offensichtlich vernichten will? Wo werden der Haß und die Resignation ihren Ausdruck finden?
„Der Senat", sagte ein Kreuzberger Besetzer letzte Woche, „hat die gleiche Fähigkeit zum Dialog wie eine Kuh, das Matterhorn zu besteigen". Doch an anderer Stelle hat der Dialog begonnen. An dem „Mahnmal", wo Klaus Rattay starb, stehen Junge und Alte zu jeder Tages- und Nachtstunde und diskutieren. Da schwätzt man nicht von Dialog und Betroffenheit und mancher Disput bewegt sich hart am Rande einer Schlägerei. Es wird kein Blatt vor den Mund genommen, man sagt sich ehrlich die Meinung, steht sich auch sprachlos gegenüber, weil man einander einfach nicht verstehen kann. Aber zum Schluß hat man sich wenigstens kennen gelernt und Vorurteile sind ins Wanken geraten. Oft merkt auch der „Chaot" und der „Bürger", daß sie so weit gar nicht auseinanderliegen.
Es müßte in dieser Stadt viel mehr solcher Orte geben, wo sich die , die da aufeinander gehetzt werden sollen, begegnen. Wir können sie überall schaffen. Ein mutiges erstes Wort reicht meistens schon aus und plötzlich taucht hinter der Maske ein Mensch auf.
Wer meint, die Bürger dieser Stadt könnten auf einen Gutteil der jungen Generation verzichten, wird bald eine schreckliche Rechnung dafür präsentiert bekommen. Und er wird wirklich Krieg führen müssen gegen die Hoffnungslosigkeit derer, die doch oft nur die Ängste und Zweifel, die man selbst im Alltag verdrängt, laut herausschreien.
Wer das nicht will, der muß jetzt selbst einen Schritt tun, die „jungen Leute" ernstnehmen, fragen und sich auch unbequeme Fragen stellen lassen. Wer den „sozialen Frieden" in dieser Stadt erhalten will, der muß zu denen halten, die ihn scheinbar stören. Von den Politikern haben wir nichts mehr zu erwarten. Herr Lummer wird erst nachdenken, wenn ihm möglichst viele deutlich machen: Wir wollen Frieden und nicht Krieg!

Fotos: Ralph Rieth

Wende in der Wohnungspolitik - Versprechungen und Fakten

Mit der Räumung der 8 Häuser hat der Senat ein unübersehbares Zeichen gesetzt, in welche Richtung die „neue" Wohnungspolitik geht. Zur Kennzeichnung dieser neuen Wohnungspolitik will ich auf drei Punkte eingehen:

1. Was haben Senat und Baugesellschaften mit den 8 Häusern vor?
Die „sinnvolle Verwendung", die Weizsäcker in seiner Regierungserklärung für besetzte Häuser angekündigt hat, sieht so aus:
7 dieser Häuser sollen sehr aufwendig modernisiert werden, teilweise kombiniert mit Neubau (Aufstockung Bülowstraße 89, Seitenflügel und Neubau in der Winterfeldstraße)
Die Mieten lagen beim Auszug der ursprünglichen Mieter zwischen 1,50 und 2,50 DM kalt. Die meisten Vorderhäuser hatten Bäder, teilweise privat eingebaut. Einige Mieter hatten auch Etagenheizung eingebaut.
Die Mieter wurden „entmietet" - wer weiß, unter welchen Bedingungen. Die Besetzer wurden geräumt - wir wissen, unter welchen Bedingungen! - Jetzt kann es endlich losgehen, die Häuser werden umfassend zerstört, damit sie umfassend modernisiert werden können. Bäder, Öfen, Fenster - alles wird zerschlagen und herausgerissen! Nach einer Überschlagsrechnung sollen die jetzt anlaufenden Maßnahmen insgesamt ca. **16 Millionen DM** kosten (Kostensteigerungen nicht gerechnet!). **Der Senat spendiert dafür seinerseits ca. 14 Mio. DM!** Er hat bei den Häusern dem Sanierungsträger zu 70 % den **Grundstückskauf** bezahlt, er hat die **Entmietung** und den **Leerstand** bezahlt und er bezahlt jetzt und in den nächsten Jahren die **Zerstörung und Modernisierung.**
Würde der Senat statt dessen diese 14 Millionen für die Instandsetzung verschenken, so könnte z. B. bei 37 Häusern mit 300.000 DM öffentlicher Förderung eine solide Instandsetzung erreicht werden.

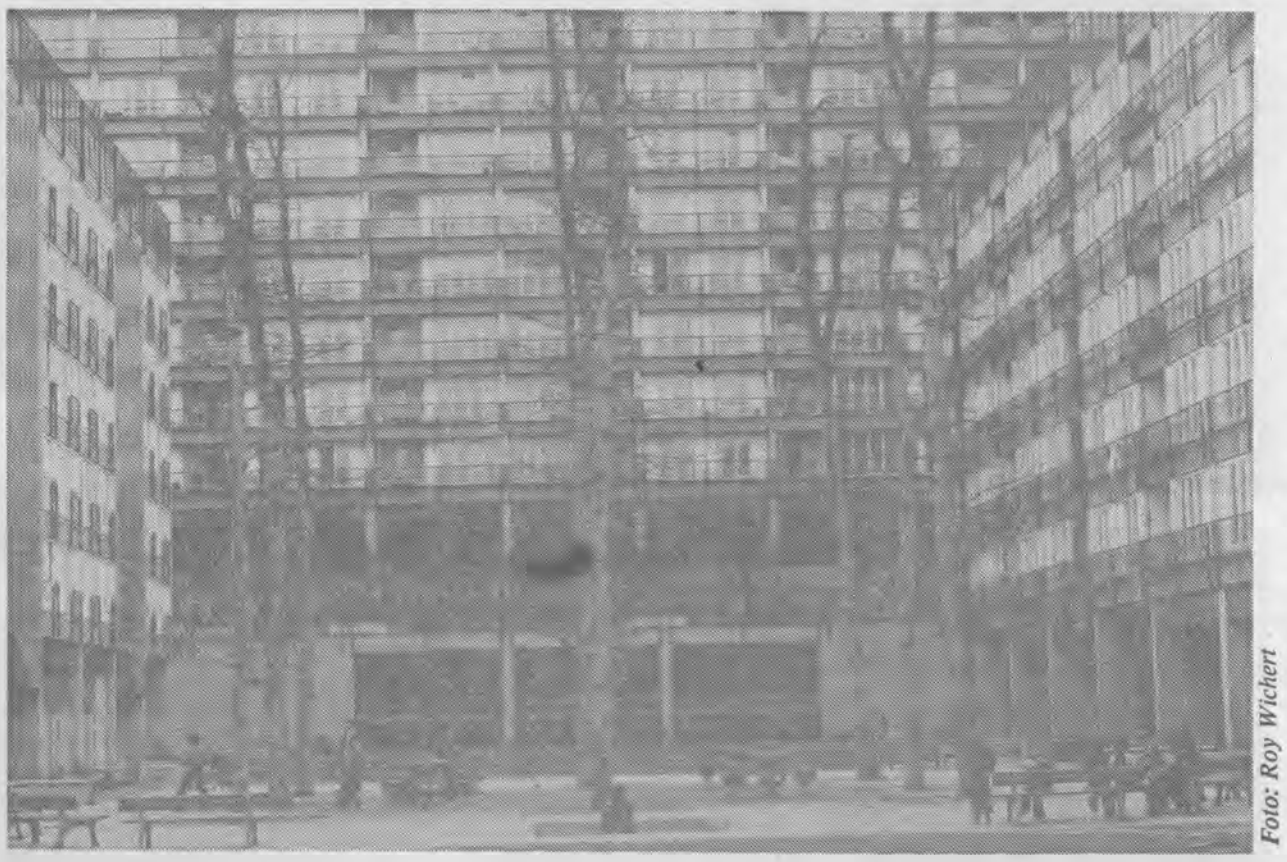


Foto: Roy Wichert

Was kommt nun für die künftigen Mieter der geräumten Häuser heraus?
- Zunächst verdoppelt sich die Kaltmiete gegenüber den früheren Altbaumieten. Wenn bis zur Baufertigstellung noch gilt, was der Senat den Vermittlern mitgeteilt hat, sollen die Kaltmieten durchschnittlich bei 4,20 bis 4,50 DM je qm anfangs liegen, für Kinderreiche ca. 3,50 DM je qm.
- Hinzu kommen die Heizkosten, vom Senat mit 2,50 DM je qm angesetzt. D. h. die Warmmieten werden schon im Bezugsjahr das 2 1/2 bis 3fache der früheren Atbaumiete ausmachen.
- Doch nun geht's erst los: die gesamte **Kostenmiete** für die Häuser der Neuen Heimat liegt bei **20,- DM je qm** und nach 15 Jahren sollen die Mieter (warm: 6,75 DM), aber ihre Miete wird Jahr um Jahr steigen und nach 15 Jahren sollen sie die ganzen 20,76 DM je Quadratmeter und Monat bezahlen. Welche kinderreiche Familie kann sich das wohl leisten?

So soll es aber nicht nur in der Knobelsdorffstraße 40/42 sein — so ist es bei allen neuen Sozialwohnungen. Und 50.000 neue Sozialwohnungen mit noch viel höheren Mieten hat uns der neue Senat jetzt versprochen. Er fragt nicht, wie die Mieter dies bezahlen können und weiß auch nicht, woher er selbst das nötige Geld dafür nehmen soll.
Klar ist nur, **wohin** das Geld fließt und immer weiter fließen soll: zum einen an die **Banken,** denn zwei Drittel der Miete geht erst einmal an sie. Dann natürlich an die **Baugesellschaften:** so hat zum Beispiel die Neue Heimat, bevor auch nur ein Handschlag an ihren Sanierungshäusern gemacht wurde, 70% der Kosten für den Kauf des Hauses aus Steuermitteln bezahlt bekommen. Allein dieses Geld hätte ausgereicht, um die nötige Grundinstandsetzung zu bezahlen — aber nein, es wird in die Bodenspekulation gesteckt.
Diese Politik schafft auch keine neuen Arbeitsplätze — im Gegenteil: Auf diese Art wird immer mehr Geld für immer weniger Wohnungen gebraucht.
Banken und Spekulanten — gemeinnützige ebenso wie private — sind die Nutznießer der Berliner Wohnungspolitik. Ausbaden müssen dies die Mieter und Steuerzahler, denen Zug um Zug die preiswerten Altbauwohnungen, für die Mietpreisbindung glatt für jeden Quadratmeter diese 20,- DM kalt auf den Tisch legen (sonstige Kostensteigerungen noch gar nicht gerechnet!)
Wie kann es kommen, daß bei fast 100% öffentlicher Subvention solche Wahnsinnsmieten herauskommen?
Ganz einfach: Nur ein Bruchteil dieser Gelder wird wirklich für Bau und Bewirtschaftung gebraucht - der Löwenanteil fließt nach einem raffiniert ausgeklügelten System in die Taschen der Banken und der privaten und gemeinnützigen Spekulanten!
Beispiele für eine Wende in der Wohnungspolitik??

2. Besetzervertreibung - Mietervertreibung,
ein Beispiel
Doch schauen wir nicht nur auf diese 8 geräumten Häuser! Vielleicht vollzieht sich die Wende der Wohnungspolitik gerade bei den „normalen" Häusern, wo es nicht Besetzer, Chaoten und Sympathisantensumpf gibt.
Ein Beispiel für viele: Während Vogelsenat und Weizsäckersenat mit blumigen Worten die „Wende" versprechen, passiert im Haus Dahlmannstraße 9 (Charlottenburg), von der Öffentlichkeit kaum beachtet, folgendes:
Hausbesitzer Tanner will modernisieren und in Eigentum umwandeln. Wie wird er nun die Mieter los?
- er läßt sich vom **Bezirksamt** einen Bauantrag genehmigen, der sämtliche Grundrisse und Wohnungsgrößen, Installation etc. radikal verändert, also auf die derzeitgen Mieter und ihre Wohnbedürfnisse gar nicht abgestimmt werden kann (das gleiche gilt auch beim geräumten Haus Dieffenbachstraße 27)!
- Er kündigt sämtlichen Mietern, weil er Küchenschaben bekämpfen muß!
- Er läßt das Dach abdecken und die Obergeschosse solange durchregnen, bis die **Wohnungsaufsicht** die oberen Wohnungen sperrt.
- Nun springt das **Sozialamt** ein und setzt die alten Mieter in ein Heim. Ihr in der Wohnung gebliebenes Eigentum läßt der Hausbesitzer auf den Müll werfen!
- Ein plötzlicher Dachstuhlbrand sorgt dafür, daß die letzten Mieter, die sich der wohnungsaufsichtlichen Sperrung widersetzt haben, ihre Möbel bei einer Spedition unterbringen und bei Freunden Unterschlupf suchen.
Der zuständige Baustadtrat Antes (CDU) erklärt dazu: Dies ist eine rein privatrechtliche Angelegenheit - er kann nichts tun!
Es steht jedem frei, sich für 527.000 DM um eine Eigentumswohnung in diesem Haus zu bewerben!
Mietervertreibung - Besetzervertreibung, hat es trotz unterschiedlicher Bedingungen und Methoden nicht doch etwas miteinander zu tun?
- Tausende von Mietern leben - teilweise seit Jahren - in ständiger Unsicherheit: Muß ich meine Wohnung verlassen und wann? Wohin werde ich umgesetzt? Kann ich dann noch meine Miete bezahlen?
-Tausende von Mietern haben eine Umsetzung hinter sich, oft gegen ihren Willen oder unter Vorspiegelung falscher Tatsachen. Sie haben sich plötzlich wieder gefunden in einem Altenheim, in einem Hochhaus in fremder Umgebung oder auch im nächsten Sanierungsgebiet in Wartestellung auf die nächste Umsetzung!

3. - 50.000 Neubauwohnungen bei leerer Haushaltskasse
Wenn weder die „sinnvolle Verwendung von leeren und besetzten Wohnungen" (vgl. Regierungserklärung vom 2.7.81) noch ein Ende der Mietervertreibung in zynischen Formen zu sehen ist, worin besteht die wohnungspolitische „Wende" dann?
Weizsäcker hat 50.000 Neubauwohnungen versprochen, um „den Wohnungsmarkt zu entspannen" und um die Bauwirtschaft zu beschäftigen. 50.000 Neubauwohnungen wären gut, aber bei dem gegenwärtigen Finanzierungs- und Förderungssystem sind sie eine Katastrophe.
Aber genau an diesem Förderungssystem will der Senat nicht rütteln, denn es ist ein System, bei dem Banken und Spekulanten (gemein- und privatnützig) wie die Mastgänse vollgestopft werden und gleichzeitig die Mieter bis ins unerträgliche geschröpft werden.
Die Kostenmiete für eine 1981 gebaute Sozialwohnung macht pro Monat und Quadratmeter **30.- DM** aus, eine heute gebaute Wohnung (Durchschnittsgröße 80 qm) belastet uns Steuerzahler mit über 350.000 DM! Die Steuergeschenke durch Abschreibungen noch gar nicht gerechnet. 10.000 solche Neubauwohnungen verbrauchen min. 3,5 Milliarden DM an Stewuergeldern, 20.000 7 Milliarden, 50.000 Wohnungen 17,5 Mrd. und bei alledem sollen die Mieter nach 15 Jahren **30,- DM Kaltmiete** zahlen, es sei denn, der Staat macht nocheinmal 350.000 DM locker. Dabei ist Berlin noch mit 17 Mrd. DM belastet für den Wohnungsbau der 70er Jahre (eine Summe, fast so groß wie der gesamte Landeshaushalt 1981!)
Momentan laufen die Rechner beim Finanzsenator heiß, um wenigstens auf 30 bis 40.000 Neubauwohnungen zu kommen. Als erstes - und weils einer CDU besser zu Gesicht steht - ist beschlossen worden, mindestens die Hälfte der Förderung in **Eigentumsbau** und steuerbegünstigten Wohnungsbau zu stecken, das hilft den armen Reichen, die in dieser Stadt so unter Wohnungsnot leiden und auf dem Papier kann man so tun, als würden für diese Wohnungen weniger Steuergelder fließen (Ausklammerung der Steuerabschreibung, Anrechnung von kleineren Wohnungsgrößen u. ä.). Im Effekt wird für diese Wohnungen sogar **mehr** subventioniert werden!
Das heißt: ein Wohnungsbau, der auch die letzte Maske sozialpolitischer Veranwortung fallen läßt!
Woher soll all dieses Geld kommen? Die aktuellen Streichungen, vor allem im Sozialbereich und im öffentlichen Dienst haben nicht nur mit Herrn Garski und Bonner Mittelkürzungen zu tun, sondern gerade auch mit diesem Senatsziel, den Wohnungsbau zu forcieren, ohne die Pfründe der Gemeinnützigen und der Abschreibungsgesellschaften und vor allem auch der Banken anzutasten.
Arbeitsplätze in der Verwaltung und an den Hochschulen, die Finanzierung von Kitas und Kinderläden, von Jugendprojekten, Drogenhilfe oder Altenhilfe, der Bau von Sportplätzen, Grünanlagen und Schwimmbädern - überall soll gestrichen werden, um Wohnungen zerstören zu können und Profit im Neubau zu machen!

Fazit:

Solange der Senat die Profitmacherei anreizt und fördert, statt sie entschieden einzuschränken, wird es eine soziale Wohnversorgung in dieser Stadt nicht geben.
Die Tendenz der CDU, zusätzlich zur Spekulation mit dem Altbau nun wieder die Spekulation im Neubau anzuheizen, bringt keine Wende - im Gegenteil, sie verschärft sämtliche wohnungspolitischen Probleme und führt auf direktestem Weg in eine Katastrophe!
So wird es auch keinen „sozialen Frieden" geben - auch nicht nach 100 Gesprächen mit „gesellschaftlich relevanten Gruppen"!

(Franziska Eichstädt im Tempodrom am 29.9.81)

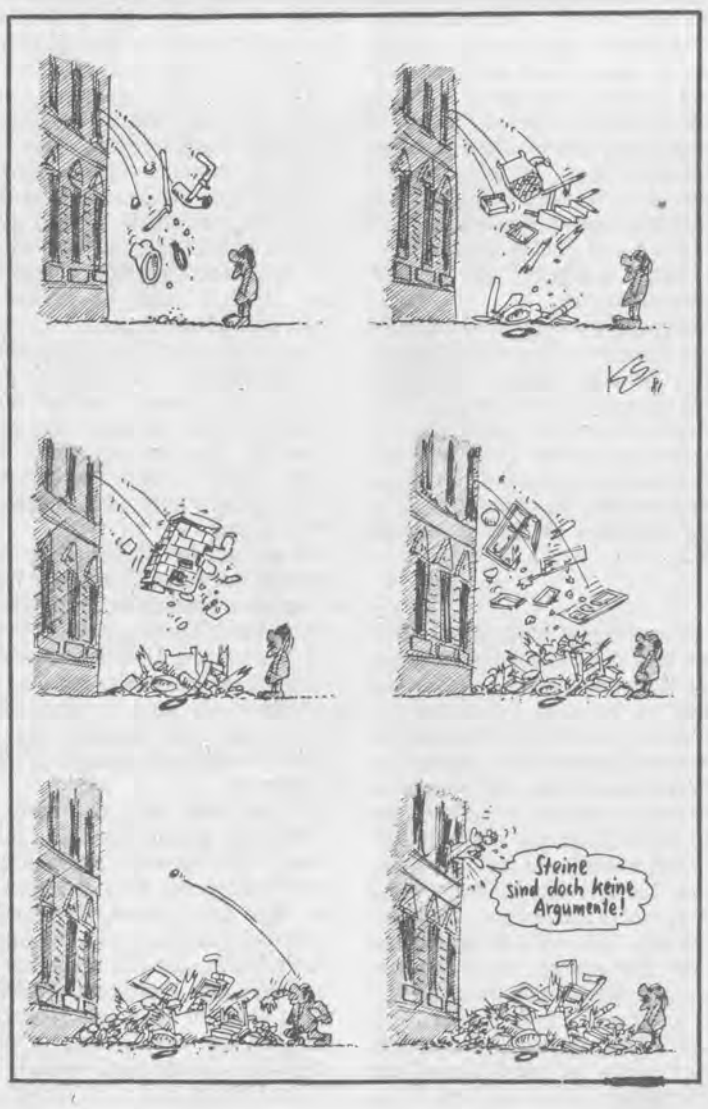
Berliner Mieterverein Sieht so die Wende in der Wohnungspolitik aus?

In seiner Regierungserklärung am 2. Juli 1981 hat der neue Regierende Bürgermeister versprochen, sich „unverzüglich für wohnungspolitisch sinnvolle Verwendungen von leeren oder besetzten Wohnungen" einzusetzen.Am 22. September schickte Innensenator Lummer 1.800 Polizisten in Einsatz, um für 8 Häuser diese „sinnvolle Verwendung" durchsetzen zu lassen.

Dieser Einsatz hat die Stadt wieder stark aufgewühlt: ein Toter und Nächte der Schlägereien und der zerschlagenen Fenster sind erstes Ergebnis.
Aber auch für die Wohnversorgung bringen die geplanten Maßnahmen nichts Gutes.
Zum Beispiel die Modernisierung der Knobelsdorffstraße 40-42:
— Über 3 Millionen Mark soll die Erneuerung von 40 Altbauwohnungen kosten.
— die letzten Mieter haben, bevor sie in teure andere Wohnungen vertrieben wurden, für jeden Quadratmeter nur 1,50 DM bezahlen müssen.
— Die künftige Miete wird insgesamt 20,76 DM für jeden Quadratmeter im Monat betragen (falls nicht noch mehr durch Kosten- und Zinssteigerungen der Banken).
— Von dieser Miete wird der Senat zunächst über 3/4 bezahlen. Die Mieter werden „nur" mit 4,25 DM je Quadratmeter Kaltmiete belastet noch gilt, weggenommen werden.
An dieser Grundregel hat auch der neue Senat nichts gerüttelt — im Gegenteil:
die Räumung der 8 Häuser soll sicherstellen, daß der öffentliche Geldsegen wieder ungehindert auf die Konten von Banken und Baugesellschaften fließt.
Die Räumung der 8 Häuser soll gleichzeitig davon ablenken, daß der Senat faktisch kein wohnungspolitisches Konzept hat — schon gar keines, was Arbeitsplätze schafft!

Sozialer Friede in dieser Stadt kann und wird erst wieder einkehren, wenn die Ursachen der Wohnungsmisere ernsthaft angegangen werden:
— die Verschleuderung von Steuergeldern an Spekulanten muß sofort unterbunden werden.
— die Mietpreisbindung darf in keiner Weise abgebaut oder durchlöchert werden.
Wenn der Senat es ernst meint mit seinen eigenen Erklärungen, dürfen keine weiteren Häuser geräumt werden. Mit den Bewohnern sind Verträge abzuschließen. Fast 1000 leere Häuser warten auf eine „unverzügliche wohnungspolitisch sinnvolle Verwendung".

10.000 Wohnungen stehen leer in Berlin. Sie warten darauf instandgesetzt und wiedervermietet zu werden. Stattdessen läßt der Senat mit dem Polizeiknüppel 8 Häuser für Rausreißmodernisierungen räumen?!?



Karikatur: Stuttmann

Auszüge aus einer Rede von Manfred Rabatsch am 23.9.1981 vor dem Abgeordnetenhaus

Herr Lummer, Sie haben nicht darauf verzichten wollen, sich in eine Haus zu begeben, das Minuten vorher von der Polizei geräumt wurde. Sie haben mit diesem Auftreten die Menschen auf der Straße vor dem Haus Bülowstr. 89 in unerträglicher Weise provoziert.
Sie haben sich aus niederen und herrschsüchtigen Beweggründen in triumphierender Siegerpose der Presse präsentiert. Das ist eine böse Feldherrn-Manier, die wir in dieser Stadt zur Lösung unserer Probleme nicht dulden können. Diese Kraftmeierei ist ein politischer Skandal ersten Ranges für ein Senatsmitglied, das in der Pflicht steht, politische Entscheidungen nach demokratischen Grundsätzen zu fällen.
Sie sind im Bewußtsein des vollen Risikos der zerstörerischen Folgen in diese Pressekonferenz gegangen. Sie wollten die Konfrontation gerade deswegen, um zu demonstrieren, daß die Räumungen der acht Häuser tatsächlich von Ihnen auch allein politisch zu verantworten sind. Sie wollten sich den billigen Triumph des Siegers, der Polizeigewalt gegen Kritische, Oppositionelle und passiven Widerstand Leistende, also sich gewaltfrei gegen die Räumungen wehrende Menschen, nicht nehmen lassen. Das ist eine nicht zu überbietende politische Gewissenlosigkeit.
Das ist die öffentliche Demonstration einer im Kern zutiefst undemokratischen Haltung. Ein Politiker, der die Verhärtung der Fronten in der Bevölkerung will und wie Sie, Herr Innensenator Lummer, sich einer scharfmacherischen Sprache bedient, ist eine politische Gefahr für Berlin.
Wer wie Sie, Herr Innensenator, daran mitwirkt, daß Bevölkerungsgruppen aufeinander gehetzt werden, ist daran interessiert, daß Vorurteile, Ängste und Haßgefühle die Reaktionen der Menschen in dieser Stadt beherrschen und an die Stelle der Nachdenklichkeit, Differenzierung und Abwägung sinnvoller politischer Entscheidungen treten. Das ist der Kern der Kritik, die wir hier zu üben haben. Sie haben bewiesen, daß Sie an der Eskalation der Gewalt interessiert sind und deshalb auch das Risiko schwerer Verletzungen und sogar den Tod eines Menschen in Kauf nehmen. Beweisen können das leider sogar Ihre eigenen Worte. Das ist skandalös genug. Sie scheuten sich nämlich nicht, angesichts der Fernseh-, Rundfunk- und Presseleute in zynischer Kaltschnäuzigkeit das tote Opfer selber zum Schuldigen zu erklären. Sie sagten zur Frage der Schuld wörtlich vor den Medienvertretern: „Diese Schuld liegt bei denjenigen, die mit Gewalt überhaupt begonnen haben."

(Zuruf: Sehr richtig!)

Sie hielten es nicht einmal für nötig, dann nachzudenken, innezuhalten und sich zu besinnen, als Sie die Nachricht vom Tod Klaus Jürgen Rattay's erhielten.
Wir machen Sie für die schon jetzt sichtbaren schweren Folgen der Räumungen von acht Häusern verantwortlich. Der schwere politische Fehler liegt in der Tatsache, daß Sie sich über die immer deutlichen und zahlreichen Mahnungen vor dem unübersehbaren Schaden für den sozialen Frieden in Berlin rücksichtslos hinweggesetzt haben.
Sie sind rechtzeitig von Kirchenvertretern, Oppositionspolitikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf die drängende Notwendigkeit hingewiesen worden, von einer Konfrontation abzusehen, den Weg der Verhandlungen einzuschlagen und die Vorlage eines Gesamtkonzepts für die besetzten Häuser abzuwarten.
Noch am Vorabend der Räumung wurden Ihnen vom Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin, Herrn Kruse — um 18 Uhr —, die schwerwiegenden Bedenken gegen die Räumungen mit Eindringlichkeit vorgetragen.
Wir fordern die Abwahl des Innenminister Lummer und werden in der nächsten Zeit vor der Öffentlichkeit weitere Einzelheiten bekanntgeben, die beweisen, wie hier die politische Verantwortung zu beurteilen ist und daß der Rücktritt des Senators Lummer eine unbedingte politische Notwendigkeit ist. Es wird in Berlin keine Gespräche geben, solange Herr Innensenator Lummer in diesem Senat im Amt ist.
(Beifall von der AL — Zurufe von der CDU: Hört! Hört!)

Foto: Ernst Volland und dpa

„Angebote" an Hausbesetzer

Was war dran an den Vorschlägen des Senats?

Der Regierende Bürgermeister von Berlin Weizsäcker und seine Mannen behaupten, den Besetzern der 8 geräumten Häuser hätte man Angebote gemacht. Angebote, in andere leerstehende Häuser zu ziehen, um dort nach ihren Wünschen leben zu können.
Wie sah es aber im Einzelnen mit diesen Angeboten aus:

Bülowstraße 89
Eigentümer: NEUE HEIMAT (NH).
Besetzt: am 7.2.1981
Ende Mai: Angebot der NH. Das Vorderhaus soll geräumt werden. Benutzung des Seitenflügels und des Quergebäudes für ca. 1/2 Jahr möglich.
Darauf folgte eine Ablehnung der Instandbesetzer, wegen der geplanten Luxusmodernisierung der NH.
30.7.1981: Strafanträge der NH.
31.7.1981: Pressekonferenz des Bausenators Rastemborski. Die Instandbesetzer der 8 zu räumenden Häuser, haben die Möglichkeit in die Bülowstr. 52-55 und Blumenthalstr. 13-15 umzuziehen.
5.8.1981: Pressekonferenz der Instandbesetzer. Sie informieren, daß die angebotenen Häuser besetzt sind und noch Mieter darin wohnen. Nur wenige unbewohnbare Zimmer wären frei. Also sei dies kein Angebot.

Winterfeldtstraße 20, 22 und 24
Eigentümer: NEUE HEIMAT
Besetzt: am 3.3.1981
24.7.1981: Gespräch mit Vertretern der NH. Ohne Angebot und ohne Ergebnis.
31.7.1981: Pressekonferenz von Rastemborski (siehe Bülowstr.).

Knobelsdorffstraße 40 und 42
Eigentümer: NEUE HEIMAT
Besetzt: am 26.4. und 8.5.1981
14.7.1981: Strafanträge der NH
15.7.1981: Pressekonferenz der Instandbesetzer und Paten. Vorstellung eines groben Konzeptes.
17.7.1981: Von NH ein schriftliches Angebot. Die Besetzer sollen in die Danckelmannstr. 43-45 ins Hinterhaus und Seitenflügel ziehen.
Diese Häuser sind aber teilweise besetzt, vermietet und frei. Deren Nutzung ist auch nur für wenige Jahre möglich, da dort ein Abriß zugunsten eines Schulneubaus geplant ist.
Antwort der Instandbesetzer. In 4 Wochen sind unsere konkreten Pläne für die von ihnen bewohnten Häuser fertig.
31.7.1981: Pressekonferenz von Rastemborski (siehe Bülowstr.).
11.8.1981: Pressekonferenz der Instandbesetzer. Vorstellung des fertigen Konzeptes. NH wurde zum Erscheinen aufgefordert, erschien aber nicht.
24.8.1981: Erneute Pressekonferenz der Instandbesetzer. Das Ziel war ein Vergleich der Pläne der NH mit denen der Instandbesetzer. NH und Bausenator wurden zum Erscheinen aufgefordert, erschienen aber nicht.
5.9.1981: BVV gibt die Überprüfung des Sanierungsantrages an den Sanierungsausschuß zurück. Als Gesprächstermin wurde der 7.10.1981 in den betroffenen Häusern vereinbart.

Hermsdorfer Straße 4
Eigentümer: GSG
Besetzt: 24.1.81
Keinerlei Angebote vom Eigentümer an die Instandbesetzer.
31.7.1981: Pressekonferenz von Rastemborski (siehe Bülowstr.).

Dieffenbachstraße 27
Eigentümer: Privatbesitz
Besetzt: März '81
20.8.1981: Schriftliches Angebot vom Eigentümer:
1. Freiwillig räumen.
2. Wenn Wohnberechtigungsschein vorhanden, wird eventuell Ersatzwohnraum angeboten.
31.7.1981: Pressekonferenz von Rastemborski (siehe Bülowstr.).

Anhand dieser Dokumentation wird ersichtlich, warum auf dieses Angebot nicht eingegangen werden konnte. Das sogenannte Bemühen um eine friedliche Lösung von Seiten des Senats und der Hauseigentümer war eine Floskel, die allerdings bisher geschickt verbreitet wurde.

DOKUMENTATION
(Ausstellung und Buch)
über die zerstörte Ausstellung von Ernst Volland ab 19.11. in der NGBK, Hardenbergstraße 9 in 1 Berlin 12!

Besetzer taub?

„Wer nicht hören will, muß fühlen" argumentierte der Senat vor der Räumung von 8 besetzten Häusern. Er habe, so Richard v. Weizsäcker, den Besetzern „konkrete Angebote" gemacht, doch diese seien „taub" dafür gewesen. Jetzt bleibe nur noch die Räumung, um aus der Sackgasse herauszukommen. In der Tat hatte die „Neue Heimat" in Schöneberg für sechs und in Charlottenburg für zwei Häuser Nutzungsverträge für „instandsetzungswillige Berliner" zur Verfügung gestellt. Nur: diese Häuser waren bereits seit geraumer Zeit besetzt und auch voll belegt. Immer wieder wiesen die Besetzer darauf hin. Doch Bausenator Rastemborski beharrte darauf, er habe ja Angebote gemacht. Jetzt, nachdem dieses Märchen seine Schuldigkeit getan hat, wich er am vergangenen Dienstag bei einer Pressekonferenz im Rathaus davon ab: Er wolle es „auf sich beruhen lassen", ob die Häuser nun leer oder voll gewesen seien.

An diesem Dienstag machte Herr Rastemborski neue Angebote: 10 Häuser will er den Besetzern von derzeit 149 Häusern als „Ersatz" anbieten. Welche Häuser wollte er nicht sagen. Vier sind bekannt. Zwei heruntergekommene Hinterhäuser in der Weddinger Lynarstraße 7 und Stettiner Straße 56 und zwei Hinterhäuser in der Danckelmannstraße 43 und 44. Alle vier sollen mittelfristig abgerissen werden. Die Häuser in der Danckelmannstraße sind außerdem bereits besetzt. Den Besetzern der Böckhstraße 8 in Kreuzberg wurde ebenfalls ein Angebot gemacht: sie sollen einen Nutzungsvertrag bekommen und das Haus instandsetzen. In gut einem Jahr, wenn sie gerade fertig sind, läuft der Vertag allerdings ab. 1983 soll das Haus abgerissen werden.
Die Besetzer aber auch Vermittler und „Paten", bezeichneten all diese Angebote als schlicht unseriös. Aber sie lehnen derartige Umsetzangebote, die außerdem immer nur für einige wenige gelten, auch aus einem anderen Grunde ab.
Es geht ihnen ja nicht nur darum, für sich selbst Wohnräume zu erkämpfen, in dem sie zusammen leben können wie sie es sich vorstellen. Sie wollen sich nicht einfach „in der Schlange der Wohnungssuchenden vordrängeln", wie die CDU ihnen unterstellt. Es geht ihnen darum, die Häuser, die sie besetzt haben, zu erhalten: Billig und in gutem Zustand. Sie haben begonnen, diese Häuser wieder instandzusetzen, haben Konzepte für ihre Nutzung entwickelt, haben sich mit den Nachbarn angefreundet. All die Arbeit und auch Gefühle, die die Besetzer in ihre Häuser investiert haben, interessieren den Senat überhaupt nicht.

Foto: Ralph Rieth

Solex Betriebsrat

Räumung der acht besetzten Häuser wider alle politische Vernunft

In einem offenen Brief an Weizsäcker, die „Neue Heimat" und den Landesbezirksvorstand des DGB hat der Betriebsrat der Solex seine tiefe Betroffenheit über die Eskalation der Gewalt durch den CDU-Senat gegenüber den Hausinstandbesetzern geäußert und eine „rückhaltslose Aufklärung" der Vorfälle, politische Konsequenzen bei den Verantwortlichen und einen Wandel zu einer wirklich sozialen Wohnungspolitik" gefordert.

In dem offenen Brief heißt es: „Mit großer Betroffenheit erfuhren wir, daß Sie 8 besetzte Häuser wider alle politische Vernunft räumen ließen. Der Tod eines jungen Mannes und die Eskalation der Gewalt waren vorhersehbar und durch keine Eigentumsansprüche zu rechtfertigen."

Angesichts der gegen Demonstranten geübten Gewalt, schreibt der Betriebsrat, „müssen sich auch diejenigen Politiker, die durch Bezeichnungen wie 'faschistoides Gesindel' in bezug auf Hausbesetzer eine Progromstimmung in der Bevölkerung erzeugten, nach dem Anteil ihrer Verantwortung fragen lassen."

HBV

In scharfer Form verurteilten der Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sowie der Ortsjugendausschuß der IG Metall in unserer Stadt das aggressive Vorgehen des Senats.

Wörtlich heißt es: „Deshalb hält der HBV-Landesbezirksvorstand auch den DGB-Beschluß vom 21.9.1981, der die Räumung nicht indirekt befürwortet, für politisch falsch. Die Räumungsaktion des Berliner Senats war geeignet, den Frieden und das Zusammenleben der Bürger dieser Stadt zu stören."

Lummers Gesprächsangebot an die Besetzer in einem der geräumten Häuser nennt die HBV eine „zynische Entgleisung, die Zweifel an der Person des Innensenators berechtigt erscheinen läßt".

Vom DGB Berlin wird u.a. gefordert, aktiv gegen die Stimmungsmache aufzutreten, die dazu führe, immer größer werdende Bevölkerungskreise zu kriminalisieren und damit neue Gewalt zu provozieren. Die „Neue Heimat" solle veranlaßt werden, ihre Strafanträge gegen Hausbesetzer zurückzunehmen.

In einem Offenen Brief des IGM-Ortsjugendausschusses wird die Häuserräumung eine „grobe Provokation" genannt, mit der Lummer die „Gesrächsbasis mit den Instandbesetzern willkürlich zerstört" habe.

Der Senat trage die Verantwortung für das erste Todesopfer. In scharfer Form distanziert sich der OJA von der Neuen Heimat, die es unterlassen habe, die Räumungsanträge zurückzuziehen. Neben der Absetzung des Innensenators Lummer und des Senator für Wohnungswesen Rastemborski verlangt die IH-Metall-Jugend ein vernünftiges Sanierungs- und Instandsetzungskonzept sowie den Verzicht auf weitere Räumungen instandbesetzter Häuser.

12. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB in Berlin am 15. September 1981

Im Namen von 40.000 . DGB-Jugendlichen nahm die Landesbezirksjugendkonferenzdes DGB in Berlin am 15.September folgendermaßen Stellung.

„Wenn Jugendliche angesichts der gegenwärtig ausweglosen Wohnungssituation Häuser instandbesetzen, so ist das ein legitimes und, wie sich zeigt, auch wirksames Mittel, auf die Dringlichkeit der Probleme aufmerksam zu machen."

Auf folgende Forderungen einigte man sich.

- Keine Kriminalisierung von Instandbesetzern
- Freilassung aller in diesem Zusammenhang unschuldig Verhafteten
- Erneute Überprüfung aller in diesem Zusammenhang bereits Verurteilten
- Keine weiteren Räumungen von instandbesetzten Häusern
- Sofortige Maßnahmen, die Hausbesitzer zur Instandsetzung und Wiedervermietung leerstehender Wohnraumes zwingen
- Verstärkte Förderung des sozialen Wohnungsbaus
- Verhinderung von übertriebenen Luxussanierungen
- Keine Einführung des weißen Kreises

Foto: Thomas Augustin

Arbeitsplätze bedroht - von wem?

Im August waren 45.000 Menschen in Berlin offiziell arbeitslos gemeldet und die Arbeitslosenquote erreichte mit 5,7 % einen traurigen Rekord, dessen wirkliches Ausmaß durch 4.000 Kurzarbeiter und die hohe Dunkelziffer von nicht offziell registrierten, vor allem arbeitslosen Jugendlichen, die um eine Ausbildung betrogen wurden, von der Statistik verheimlicht tatsächlich noch weit darüber liegt.

Vor der Wahl hatte die CDU den Erhalt alter und die Schaffung neuer Arbeitsplätze versprochen. Genau das Gegenteil macht sie aber, seitdem sie an der Macht ist und durch den totalen Stellenstop in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes die Arbeitsplatzvernichtung vorantreibt. Die Versorgung der Bevölkerung ist gefährdet. Die bleibenden Kollegen haben doppelte Lasten zu tragen. Tausende Arbeitssuchende stehen auf der Straße. **Im industriellen und gewerblichen Bereich setzt die CDU die verfehlte Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre mit der Folge massiver Arbeitsplatzabbaus fort,** indem sie maroden Unternehmen Steuervorteile bzw. Subventionsgeschenke verschafft und gar nicht daran denkt, dies von der Zahl, Qaulität und Sicherheit der zu schaffenden Arbeitsplätze abhängig zu machen.

Im Bau- und Wohnungsbereich hat der Weizsäcker-Senat fast alle öffentlichen Aufträge zum Bau von Krankenhäusern, Schulen, Kindertagesstätten, U-Bahnen, Hallenbädern usw. gestoppt bzw. zusammengestrichen und damit einen gewaltigen Auftragseinbruch mit der Folge drohender Massenarbeitslogkeit vor allem im öffentlichen Hoch- und Tiefbau verursacht. Vor der Wahl hatte die CDU den Bau von 50.000 Wohnungen und die sinnvolle Nutzung leerstehender Wohnungen versprochen - jetzt aber sollen nur noch 25.000 Sozialwohnungen bis 1985 für die Mieter neu gebaut werden.

Im ersten Jahr der CDU-Regierung Weizsäcker werden weniger Wohnungen als je zuvor in der Berliner Nachkriegszeit fertigestellt. Statt 7.000 geplanten werden 1981 kaum mehr als 2.000 Wohnungen entstehen, obwohl in Berlin 80.000 Menschen eine Wohnung suchen. **Die mangelndèn Neubauaufträge des CDU-Senats sind die Ursachen für die drohende Arbeitslosigkeit von insgesamt 7.000 Kollegen im Hoch- und Tiefbau.** Die dringend erforderliche Stadterneuerung wurde reduziert, obwohl 10.000 alte Wohnungen leerstehen. Der Senat und Baubosse versuchen nun den Instandbesetzern in 149 Häusern den schwarzen Peter zuzuschieben indem sie behaupten, die Räumung der 8 Häuser sei notwendig gewesen um die Arbeitsplätze zu sichern. 961 Häuser stehen leer, nur 149 sind instandbesetzt. **Warum repariert der Senat nicht erst einmal die 961 leerstehenden Häuser, statt die instandbesetzten mit Gewalt zu räumen?**

Es gibt genug Arbeit im Berliner Hoch- und Tiefbau für Jahrzehnte, wenn der Senat die erforderlichen 50.000 Wohnungen mietergerecht bauen läßt, die S-Bahn übernimmt und ausbaut, die 960 leerstehenden Häuser behutsam erneuert, die erforderlichen öffentlichen Bauten herstellen läßt und vor allem die Eigentümer dazu zwingt, die erforderlichen Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten an allen Häusern durchführen zu lassen, damit der Verfall und die Zerstörung der Wohnungen gestoppt wird.

Wir lassen uns nicht gegen Instandbesetzer aufhetzen, denn wir alle sind von den Mißständen betroffen, an denen sie keine - aber die Politiker große Schuld tragen, und unter denen wir als Arbeitnehmer, Mieter, junge und alte Menschen leiden.

Gewerkschafter melden sich

Foto: Kristina Erikson

2 Zimmerwohnung ab sofort frei. Ofenheizung, Innentoilette. Badeinbau möglich. Miete 200.- DM, kein Abstand. Besichtigung Sonntag ab 15.00, Heß. Fränkelufer 30

2-Zimmerwohnung frei. Ofenheizung, Innentoilette, Badeinbau möglich, Miete 200,- DM, kein Abstand. Besichtigung: Sonntag ab 15.00, Heß, Fraenkelufer 30.

Solche Anzeigen, veröffentlicht u. a. in den Sonntagsausgaben von „Tagesspiegel" und „Morgenpost" am 20. September 1981, lockten zum angegeben Besichtigungstermin mehrere Hundert Wohnungssuchende zu dem teilweise besetzten Haus Fraenkelufer 30.

Mit dieser Aktion wollte die BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT darauf aufmerksam machen, daß am Fraenkelufer der Spekulant Gertig noch immer vier Zwei-Zimmer- sowie zwei Ein-Zimmer-Wohnungen leer stehen läßt, obwohl das Landeswohnungsamt schon Anfang November 1980 von Mietern auf den Leerstand aufmerksam gemacht wurde.

Eine am Fraenkelufer ansässiger Familie B.Setzt gab sich am genannten Sonntag redlich Mühe, den Hunderten Wohnungssuchenden einige Zusammenhänge zwischen dem skandalösen Wohnungsleerstand, dem von Senat und Behörden gedeckten Spekulantentum und der massenweisen Wohnungsnot in dieser Stadt aufzuzeigen - nicht vergebens, wie eine ganze Reihe spontaner Solidaritätsbekundungen von Besuchern deutlich machte.

Wichtigstes Ergebnis der Aktion: Insgesamt 236 Wohnungssuchende erklärten sich mit Unterschrift bereit, eine der sechs noch immer leerstehenden Wohnungen am Fraenkelufer 30 zu mieten. Die BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT teilte dies dem zuständigen Landeswohnungsamt mit - einschließlich der nachdrücklichen Aufforderung, gegen die Zweckentfremdung durch den Hausbesitzer Gertig endlich vorzugehen und für eine Wiedervermietung zu sorgen.

Hausbesetzer zahlen keine Miete?

Sie arbeiten für ihre Häuser

Oft ist dieser Satz mit vorwurfsvoller Geste von Menschen aus der Umgebung zu hören, die nach wie vor Miete zahlen müssen für schlecht oder nicht instandgehaltene Wohnungen ein Vielfaches ihrer alten Mieter aufbringen.

In Kreuzberg gibt es Häuser und Wohnungen, die nun bereits 2 Jahre instandbesetzt sind. In diesem Jahr wird zum drittenmal „winterfest" gemacht. Ein Teil provisorischer Maßnahmen brauchen nicht mehr unternommen werden, weil inzwischen eine gründliche Instandsetzung erfolgte.

Fotos: Michael Kipp

Zur Verdeutlichung sei die Geschichte eines Hauses aufgeschrieben. Es gibt in SO 36 ein äußerst mickriges Hinterhaus, das von Mietern und größtenteils Instandbesetzern bewohnt ist. Die Bausubstanz ist äußerst schlecht. In der Umgebung stehen vergleichsweise bessere Häuser. Schon vom Grundriß und der Höhe ist zu sehen: Es ist das niedrige, Dach in der Umgebung, es sind die kleinsten Fenster. Instandbesetzer sind bescheiden... Seit 2 Jahren ist das Haus wieder bewohnt, die Bewohner haben die Wohnungen wieder bewohnbar gemacht und achten auf die Erhaltung der Substanz.

Im Sommer 1980 haben die Bewohner zwei Erdgeschoßwohnungen renoviert und ausgebaut. Dort sollte ein Mietercafé mit Zugang zum Hinterhofgarten entstehen. Gleichzeitig eine Badestube und ein Waschraum, ebenso ein warmes Klo — das Hinterhaus hat ansonsten Außenklo.

Bei der Herrichtung der Räume wurden Fußböden erneuert, Wasser- und Abwasserleitungen erneuert, die Elektrik neu verlegt. Sogar ein tragender Balken in ganzer Länge wurde ausgewechselt und das Ganze baupolizeilich abgenommen. Über den folgenden Winter stellte sich bei der Nutzung der Räume heraus, daß die Feuchtigkeit aus den Grundmauern kommt.

Im Sommer 1981 wurde daraufhin die Grundmauertrockenlegung vorgenommen. Das ist ein sehr umfangreicher Arbeitsvorgang, der sowohl Kenntnis der Dinge, Geld und einen langanhaltendes, kräftiges Zupacken erfordert. Die Mauerlänge beträgt 40 meter. Bis aufs Fundament wurde ein Graben rundherum ausgehoben. Das Mauerwerk wurde auf chemischer Grundlage trockengelegt. Danach war alles zu verputzen, Fallrohre von der Regenrinne und Abwasserleitungen wurden überprüft, ausgebessert und erneuert. Lichtschächte für die Kellerfenster waren wieder anzubringen.

Auf die verputzte Außenmauer wird eine Bitumen-Isolierpappe mit Teer aufgekleb und versiegelt. Die Freude ist groß, wenn der Graben wieder zugeschüttet werden kann.

In ähnlicher Größenordnung sind in zahlreichen besetzten Häusern Instandsetzungsarbeiten vorgenommen worden. Die Besetzer haben hin und her überlegt, Handwerker befragt, sich von Handwerker-Freunden die Fingerfertigkeiten zeigen lassen. Das Material haben sie selbst ausgewählt und besorgt. Finanziert wurde es durch Umlagen in der Hausgemeinschaft, durch Spenden, die im Bauhof zur Verfügung stehen.

Auf dieser Grundlage wurden Dächer erneuert, Fassaden angestrichen, Fassaden verputzt, Treppenhäuser renoviert, Fensterrahmen und -scheiben eingesetzt, Gärten angelegt, Mutterboden aufgeschüttet.

Was nicht an den Instandsetzungen abzumessen ist, das ist der soziale Zusammenhang in der Nachbarschaft, im Kiez. Cafés an der Straße sind eingerichtet worden. Öffentliche Begegnungsstätten, die dazu beitragen, die immer wieder von Politikern und den Medien-Dreckschleudern aufgerissenen Gräben der Verständigung zu überbrücken. Die Cafés sind Treffpunkte für Mietergruppen, Jugendgruppen, Jugendliche machen die Erfahrung, ihr Moped in einer Instandbesetzer-Werkstatt reparieren zu drüten. Seniorengruppen - selbstorganisierte und gepfleegte Bekanntenkreise treffen sich in den Besetzer-Cafés.

Zudem gibt es Kinderfeste, Straßenfeste. Das sind Höhepunkte, die viel Aufwand erfordern. Und es gibt auch mal Krach. Es gibt Provokationen. Da braucht nichts weißgewaschen zu werden. Die Beilegung solcher alltäglichen Konflikte ist das Wesentliche. Den Politikern ist die Presse nicht davon schreibt die Presse nicht, daß sie all das bisher nicht begriffen haben. Vielleicht müssen sie auch Angst vor dem Begreifen haben, da sie dann auch nicht mehr mit dieser erschütternden Selbstverständlichkeit ihr Gewissen, mit der ,zeitlichen Verantwortung' betreiben dürften. Jeder Mensch hat eine dauernde Verantwortung.

Wirwollen uns nicht dreingeben in die über uns hereinbrechende Realität künftiger Jahre:
Kein Platz für Kinder
Kein Platz für Jugendliche
Kein Geld im Staatshaushalt
Kein Geld für den Wohnungsbau
und Modernisierungsprogramme
Kein Geld für Instandsetzungs-
MACHEN

INSTANDBESETZER
WEITER!

Die Paten, Unterstützer und Solidaritätsgruppen fordern:

1. Räumungsstopp;
2. Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die besetzten und leeren Häuser im Rahmen einer neuen Wohnungspolitik;
3. Lückenlose Offenlegung und Berichterstattung über die Polizeieinsätze und ihre Folgen, Räumungen, Festnahmen und eingeleiteten Strafverfahren;
4. Einstellung aller Strafverfahren und aller Strafanträge, die ihre Ursache in der Wohnungsnot und den Instandbesetzungen haben:
5. Rücktritt des Innensenators Lummer.

Diese Erklärung wurde auf einer Vollversammlung am 24.9.1981 von 120 Personen als Vertretern von 64 Paten-, Solidaritäts- und Unterstützergruppen aus Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Schulen, Hochschulen, Wissenschaft, Kultur und Selbständigen verabschiedet.
Presserechtlich verantwortlich: M. Kappeler, F. Gundlach, A. Falter-Narr, U. Preuss-Lausitz, P. Grottian

Gegen die Lügen in der Presse und die Tricks der Senatspropaganda sind noch mehr Öffentlichkeitsarbeit undöffentlichkeitswirksame Aktionen notwendig. Es hat sich inzwischen ein Koordinationskreis gebildet, der die Ideen sammelt und anderen die Möglichkeit gibt, bei den verschiedensten Projekten mitzuarbeiten. Notwendige Gelder dafür werden über ein Spendenkonto gesammelt. Wer Ideen hat, mitzumachen und/oder etwas spenden will:
Kontakttelefon über „Netzwerk", ☏ 691 30 72.

Sich zur Zeit bildende Aktionsgruppen:

Unabhängiger Untersuchungsausschuß - Ermittlungen und Aktionen gegen Springer - Dokumentation für den Schulunterricht -Dokumentation der angeblichen Verhandlungsangebote - Neue-Heimat - Ermittlungsausschuß - Internationale Pressekampagne - Wandzeitungen und Dia-Serie - Anmietung von Plakatflächen - Enttarnung von Zivis und Briefe an die Polizisten - Großveranstaltung Deutschlandhalle „Rock gegen Lummer"(o.ä.) - Diskussionen mit Kirchengemeinden -Aktion Klinkenputzen - Arbeitsbereich „Extra-Blatt" -Aktion Selbstanzeige - Mietboykott - Winterfestmachung der Häuser - Transparente aus den Fenstern -Aufkleber - Internationaler Kongress „Sanierungspolitik und Instandbesetzungen in USA, Niederlande, Italien, England" - Auflistung leerstehender Häuser -

Gegen Leerstand, Weißen Kreis, Knast, soziale Demontage:

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!

Der „Weiße Kreis" wird wie 'ne Räumung sein

Was Bausenator Rastemborski am 29. September - eine Woche nach der blutigen Polizeigewalt gegen Instandbesetzer - der „Öffentlichkeit" (und nicht etwa den eigentlich betroffenen Instandbesetzern) an Angeboten unterbreitete, kann man getrost der Müllverwertung überlassen.
Schließlich zeugt es von ausgesprochen provokativer Absicht, wenn der Senat nun 10 Häuser für eine amtlich genehmigte „Instandbesetzung" freigeben will (natürlich ohne Dauerwohnrecht) - wie gesagt: eine Woche, nachdem 8 Häuser geräumt wurden, und noch dazu am gleichen Tag, an dem Innensenator Lummer die Instandbesetzer erneut als Fußvolk der „Terroristen" verketzert. Selbst Rastemborski schließt die Räumung der seit Monaten besetzten und inzwischen mit großen Arbeitsaufwand bewohnbar gemachten 148 Häuser nicht aus. Für die „restlichen" rund 1000 ganz oder teilweise leerstehenden Häuser hat er nicht die Spur eines Konzeptes, um den skandalösen Leerstand von über 10.000 Wohnungen zu beseitigen. Immerhin könnte das für 30.000 oder noch mehr Menschen Wohnraum bedeuten!
Um noch bei Rastemborskis „Angeboten" zu bleiben: Mit zusätzlich 10 Millionen DM will der Senat in diesem Jahr seinen Förderungsfonds für Instandsetzung von Wohnungen aufstocken und damit weitere 600 (von über 10.000) Wohnungen wieder bewohnbar machen. Aber auch das ist ein Spiel mit gezinkten Karten. Denn damit befreit der Senat gerade jene Hauseigentümer, die über Jahrzehnte ständig steigende Mieten kassiert haben, von ihrer gesetzlich vorgeschriebenen Instandhaltungspflicht, die auf die Steuerzahler abgewälzt wird.
Tausendfach ungesetzlichen Leerstand durch Wohnungsbaugesellschaften und Spekulanten ist der Senat bereit zu dulden (und zum Teil auch noch durch sogenannte Mietausfall-Zuschüsse zu fördern) - unter gar keinen Umständen will er dagegen dulden, daß in einigen dieser Häuser junge Menschen sich einen solchen Wohn- und Lebensraum schaffen, der ihren Vorstellungen von Freiheit und Menschlichkeit entspricht.
Mehr noch: Der Senat tut sogar alles mögliche, um den Wohnungsleerstand in dieser Stadt erst so richtig zur Blüte kommen zu lassen. Das nämlich wird mit Sicherheit der Fall sein, und zwar schon im kommenden Jahr, wenn die CDU mit ihren Plänen für den „Weißen Kreis" durchkommt. Tatsache jedenfalls ist: Die Einführung des „Weißen Kreises" für alle neuvermieteten Altbauwohnungen ab 1983 ist bereits vom Abgeordnetenhaus gesetzlich beschlossene Sache!
Davon möchte der Senat offenbar mit viel Scheindiskussionen und Spiegelfechterei ablenken, um den „Weißen Kreis" umso sicherer in der Tache zu haben! Wenn Instandbesetzer, Mieter und ihre Organisationen, alle, die sich für eine wirkliche Wende in der Wohnungs- und Mietenpolitik einsetzen, diese klammheimliche Einführung des „Weißen Kreises" nicht verhindern, dann sind die Folgen absehbar: Doppelt oder gar dreifach höhere Mieten für Hunderttausende Altbaumieten; Vertreibung von Mietern aus ihrem Kiez, wo sie die Mieten nicht mehr bezahlen können - und vorher schon massenweiser zusätzlicher Leerstand von Wohnungen, weil natürlich kein profitbegeisterter Hauseigentümer auf die Chance verzichten wird, ab Einführung des „Weißen Kreises" möglichst schnell durch Neuvermietung zu wesentlich höheren Mieten zu kommen.
Da müssen alle Betroffenen, und das werden Instandbesetzer wie Mieter sein, einen schweren Riegel vorschieben. Denn sonst wird die Räumung von 8 Häusern bald wie ein kleines Vorspiel gelten können.
Also:
- Statt Hauseigentümern und Leerstands-Spekulanten Steuergelder in Millionenhöhe in den Rachen zu werfen - öffentliche Unterstützung für selbstbestimmte Instandsetzung von brauchbaren Wohnraum.
- Verschärfung und unverzügliche Anwendung der gesetzlichen Instandhaltungspflicht und des Zweckentfremdungsverbots gegen Hauseigentümer, damit der skandalöse Wohnungsleerstand schleunigst beseitigt wird.
- Wo Hauseigentümer für Instandsetzung, Modernisierung oder Sanierung öffentliche Mittel erhalten, müssen die Mieter der betroffenen Häuser über Verwendung der Mittel und der Wohnungen mitentscheiden können.
- Niemals „Weißer Kreis" - weil der schon vorher die Wohnungen räumt und sie nacher unbezahlbar macht!
Wenn Instandbesetzer und Mieterbewegung dabei mit allen anderen Kräften, Parteien und Gewerkschaften, die dazu bereit sind, an einem Strang ziehen, dann werden Rastemborski, Lummer und Weizsäcker nicht durchkommen!

Görlitzer Str.72, BeWoGe: Die Mieter wollten ihre Öfen behalten...jetzt kriegen sie auch Zentralheizung. Ein Beispiel aus dem Sanierungsalltag

Foto: Volker Härtig

Zwei Fliegen mit einer Klappe?

Mit seinem gewalttätigen Häuserkonzept hat der CDU-Senat offenbar den Versuch unternommen, die Interessen von Häuserspekulanten durchzusetzen - und gleichzeitig der Diskussion über und den Widerstand gegen das schier grenzenlose Paket sozialer Verschlechterungen das Wasser abzugraben.
Bis 1985 will der Senat bei den sozialen Aufgabenbereichen insgesamt wenigstens 3,6 Milliarden DM kürzen - das bedeutet für jeden, der in dieser Stadt lebt, rund 2.000 DM weniger. Die „Einsparungen" treffen natürlich nicht die der Industrie nachgeworfenen Subventionsmilliarden, die werden eher noch mehr und mit solcher Senatshilfe werden auch noch mehr Arbeitsplätze durch Rationalisierung vernichtet. Die „Sparmaßnahmen" betreffen ausschließlich solche Bereiche, auf die die Masse oder große Teile der Bevölkerung angewiesen sind:
- Der Nulltarif in Kindertagesstätten soll aufgehoben werden; bis zu 400 DM monatlich sollen Eltern für einen Kita-Platz zahlen - für viele Eltern, deren Kinder auf einen Kita-Platz angewiesen sind, untragbar;
- in Schulen sollen wenigstens 1000 pädagogische Planstellen gestrichen werden - ein Hohn auf die jahrelange Forderung nach kleineren Klassen, ein Hohn auch auf die seit langem geforderte Arbeitszeitverkürzung für Lehrer/innen; diese Aktion „große Klassen" wird die sozial Schwächsten treffen, soll auf den Rücken der Arbeiter- und Ausländerkinder ausgetragen werden;
- mit der Vernichtung von 2.400 Krankenhausbetten und vieler daran gebundener Arbeitsplätze sollen auf Kosten der Gesundheitsbetreuung und der Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern die Staatsfinanzen und die Krankenkassen saniert werden;
- die BVG-Preise, die Kosten für Strom, Gas und Müllabfuhr stellen heute schon sowas wie eine „zweite Miete" dar und sollen in den nächsten Jahren noch brutaler erhöht werden.
Man sieht: Das Konzept der CDU gegen die sozialen Interessen der Bevölkerung ist umfassend und ausgefeilt. Es wird noch ergänzt durch den Abbau demokratischer Rechte (wie das wieder aufgenommene Berufsverboteverfahren gegen den SEW-Lehrer Luttermann zeigt) und durch eine lakaienhafte Anbiederung an die Atomkriegsstrategen in Washington und Bonn.
Mit dem brutalen Vorgehen gegen die Instandbesetzer sollten u. a. auch die Protestaktionen gegen den Sozialabbau gelähmt werden. Wir sollten dem CDU-Senat auch diesen Gefallen nicht tun.

FOTOSATZ
1000 Zeichen ab DM 7,-
Gestaltung & Gesamtherstellung von Flugblättern, Plakaten, Broschüren...
GEGENSATZ
Eisenbahnstraße 4, 1000 Berlin 36
612 30 37

Inhalt

Krieg und Frieden?	S.1
Wohnungspolitik	S.2
Angebote an die Besetzer	S.3
Rabatsch contra Lummer	S.3
Gewerkschafter melden sich	S.4
Arbeitsplätze gefährdet?	S.4
Hausbesetzer ohne Miete?	S.5
Weißer Kreis	S.6
Zwei Fliegen...	S.6
Wie geht's weiter	S.6

Impressum

Herausgeber:
Alternative Liste, Jungsozialisten, Berliner Mieterverein, Berliner Mietergemeinschaft, BI SO 36, Paten- und Unterstützergruppen, SEW, Netzwerk

Auflage: 250.000

Berlin-Extra, c/o BI SO 36, Sorauer Str.28, 1 Berlin 36, ☏ 612 17 50, 17-19 Uhr

Kosten circa 20.000 DM, Spenden erbeten an:
Volker Härtig Sonderkonto, PSchA Bln-W, 2472 98-106, 1 Berlin 36

Spenden erbeten!

Auf ein Nächstes!